

## Bilanz nach 33 Jahren Migrationsarbeit

Franz Naber, Integrationsbeauftragter von Ratingen, geht in den Ruhestand

*Wie lange sind Sie Integrationsbeauftragter in Ratingen?*

Die Aufgaben haben sich ja geändert, wie auch das Berufsbild überhaupt. Seit etwa sieben Jahren bin ich Integrationsbeauftragter. Den Änderungswandel kann man auch an der in den letzten Jahren ständig neugefassten Berufsbezeichnung erkennen: Begonnen habe ich 1974 als „Betreuer für Gastarbeiter und ihre Familien“, davor war ich Betreuer für ausländische Bürger, Betreuer für ausländische Einwohner und Ausländerbeauftragter.

*Welche Aufgaben sind die wichtigsten eines Integrationsbeauftragten?*

Bei der Beantwortung dieser Frage kommt schnell ein ganzer Katalog zusammen.

Zunächst sollte man jedem Menschen das Gefühl vermitteln, dass man ihn akzeptiert. Akzeptanz ist das Schlüsselwort. Schaffe ich in einer Gemeinde ein Klima, in dem sich auch fremde Menschen angenommen und wohl fühlen, dann geschieht vieles von selbst. Wo ich gerne bin, da erlerne ich auch die Sprache schneller etc. Integration auf Augenhöhe wird so keine leere Floskel.

*Worin unterscheiden sich diese Aufgaben zu Beginn Ihrer Amtszeit von denen heute?*

Zu Beginn war ich auf mich allein gestellt und hatte oft das Gefühl, eine Alibi-Funktion in der Gemeinde zu übernehmen.

Das Spektrum der Handlungsempfehlungen umfasste die direkte Intervention durch vermittelnde Telefonate oder sachdienliche Schriftstücke, Hilfestellung bei der Abfassung von Anhörungen und Widersprüchen, bis hin zum Verweis auf den Rechtsweg.

Viele Einzelfälle haben dann durch öffentliche Berichterstattung zunächst Betroffenheit erzeugt. Hieraus erwuchs bei vielen Bürgern und Politikern Interesse für die „Anderen“. Zu der Einzelfallarbeit kam schnell die Arbeit mit Gruppen und Vereinen.

Allein kann man die vielfältigen Aufgaben nicht mehr bewältigen, denn es kamen auch viele Projekte in Schulen, Vereinen oder in Moscheen hinzu. Jetzt arbeite ich hervorragend mit zwei Kollegen zusammen und ich sehe das so, dass jeder von uns „Integrationsbeauftragter“ in Ratingen ist.

Nach über dreißigjährigem „bohren dicker Bretter“ in der Verwaltung ist das „Standing“ natürlich ein ganz anderes und vieles kann man allein durch einen Telefonanruf regeln.

*Welche Rolle spielen dabei die kommunalen Migrantenvertretungen?*

Wir haben in Ratingen bereits seit 1981 eine kommunale Migrantenvertretung in unterschiedlichster Zusammensetzung, mit und ohne Vertretungen der Fraktionen.

Migrantenvertretungen brachten aber immer ihre Sichtweise und Sachkenntnis in die Sitzungen und die Verwaltungsarbeit ein. Ohne sie ist eine kompetente Arbeit in einer Stadt nicht möglich und bleibt Stückwerk.

*Inwiefern hat die Gründung der LAGA NRW Ihre Tätigkeit beeinflusst?*

Ich halte die Arbeit der LAGA für ebenso wichtig und notwendig, wie die des Integrationsbeauftragten den Landes NRW.

Beides sind eine Art „Transmissionsriemen“, der kommunale Sichtweisen zum Land transportiert. Ehrlicher Weise muss ich aber sagen, dass ich Anfangs der LAGA etwas skeptisch gegenüber stand, da ich zunächst eine zu große parteipolitische Abhängigkeit sah. Mittlerweile schätze und achte ich aber



Franz Naber und Franz Paszek, Geschäftsführer der LAGA

alle dort tätigen Kollegen sehr, denn sie haben großartige Aufbauarbeit geleistet und ihre Tätigkeit im Land ist noch schwieriger als in einer Kommune.

### AUS DEM INHALT:

Editorial

Kommunales  
Wahlrecht

Kampagne  
gegen Gewalt

Interkulturelle  
Bildung

Integrationsgipfel

Network21

Neue Publikationen

Termine

Impressum

März 2007

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir dürfen nicht weiter zulassen, dass insbesondere in den Großstädten unseres Landes immer größere demokratiefreie Zonen entstehen. Die Verweigerung des kommunales Wahlrechts für die überwiegende Mehrheit der Migranten ohne deutschen Pass lässt aber genau solche Zonen entstehen. Denn der Anteil der Migranten an der Bevölkerung steigt in Deutschland. Die LAGA NRW ist mit dem Verein „Mehr Demokratie“ der Auffassung, dass es für ein Gemeinwesen nicht gut sein kann, wenn sich zehn Prozent der Bevölkerung nicht vertreten fühlen. Die LAGA plant daher eine Kampagne zum kommunalen Wahlrecht. Unterstützung erhalten wir dabei vom DGB, den Wohlfahrtsverbänden, dem Landesjugendring und dem Landessportbund.

Die Chance zur Änderung des Grundgesetzes ist da, denn die Große Koalition in Berlin hat eine Überprüfung vereinbart. Aber die Politik bewegt sich zu langsam, wenn sie nicht spürt, dass ein großer Teil der Gesellschaft, nicht nur die Überprüfung, sondern die Einführung des kommunalen Wahlrechts will. Die Migrantenvertretungen sollten daher entsprechende Anträge an die Räte stellen. Es ist besonders begrüßenswert, dass sich auch innerhalb der CDU die ersten Vertreter dazu bekennen.



Doch auch wenn wir erfolgreich sind, bedarf es der kommunalen Migrantenvertretungen, um die konkreten politischen Fragen vor Ort zu behandeln. Deswegen setzt die LAGA NRW auf eine breite Teilnahme der Integrationsräte an der Auswertung ihrer bisherigen Arbeit. Diese Evaluation wird wichtige Erkenntnisse für die Weiterentwicklung bringen. Schließlich noch einige Anmerkungen zu den geplanten Änderungen am Zuwanderungsgesetz: Die besseren Bedingungen für geduldete Flüchtlinge im Land bleiben zu können, sind zu begrüßen. Die LAGA hätte sich zwar mehr gewünscht, aber die Integration der Geduldeten wird im Vergleich zu heute erleichtert. Leider werden im Gegenzug Signale der Abweisung und Abschottung ausgesandt. Dies gilt insbesondere für die Festlegung des Zuzugalters von Ehegatten auf 18 Jahre, sowie die Herabsetzung des Alters bei Kindesnachzug. Man wolle Integration erleichtern und sogenannte Zwangsehen verhindern heißt es. Tatsächlich behindert man Integration, weil den Migranten mit solchen Regelungen grundsätzliches Misstrauen entgegengebracht wird. Das ist kontraproduktiv und wird von der LAGA entschieden abgelehnt.

Es grüßt Sie herzlich Ihr

*Tayfun Keltok*

Tayfun Keltok  
(Vorsitzender LAGA NRW)

## Reform der Gemeindeordnung NRW

# LAGA für einheitliche Migrantenvertretungen

Obwohl im Gesetz zur Änderung der nordrhein-westfälischen Gemeindeordnung keine Ausführungen zu §27 enthalten sind, hat die LAGA NRW zu der geplanten Reform Stellung genommen. In einer schriftlichen Stellungnahme der LAGA NRW heißt es:

„Zunächst wäre es wichtig an geeigneter Stelle einen Hinweis darauf anzubringen, dass wegen der noch nicht vorliegenden Berichte über die Experimentiergremien eine Veränderung des §27 GO derzeit noch nicht möglich ist, gleichwohl aber sichergestellt wird, dass rechtzeitig zur nächsten Kommunalwahl eine gesetzliche Neuregelung erfolgt, die dem Bedürfnis nach einer Stärkung der politischen Partizipationsmöglichkeiten der Migrantinnen und Migranten Rechnung trägt.“

Doch auch bevor die Erfahrungen der neuen Formen der Migrantenvertretung ausgewertet werden können, lassen sich einige Kernforderungen an die Landespolitik formulieren: Dazu zählt eine einheitliche Regelung für die Migrantenvertretung in der Gemeindeordnung.



Auch die Zusammensetzung aus direkt gewählten Migrantenvertretern und stimmberechtigten Ratsmitgliedern ist nach Auffassung der LAGA NRW unerlässlich. Die Berücksichtigung der Migrantenvertretung in der Beratungsfolge

der Ratsausschüsse sei ebenso zu beachten, wie die Schaffung klarer Zuständigkeiten in den Hauptsatzungen der Städte und Gemeinden. Die konkreten Vorschläge werden sich aus den Evaluationen ergeben.

# Demokratie braucht Bewegung

## LAGA Kampagne zum kommunalen Wahlrecht

„Es ist ...falsch, dass wir ein kommunales Wahlrecht haben, das die Mehrheit der bei uns lebenden Ausländer ausschließt, nämlich die türkischen Mitbürger, die nicht mitwählen dürfen, weil und so lange die Türkei nicht zur Europäischen Union gehört. Ich glaube, dass man Wege finden müsste, damit auf der kommunalen Ebene alle dauerhaft hier lebenden Ausländer das Wahlrecht haben – das kommunale Wahlrecht...“  
Dieses Zitat des inzwischen verstorbenen früheren Bundespräsidenten Johannes Rau stellt die LAGA NRW an den Anfang ihres Aufrufes, sich an einer Kampagne für die Einführung des kommunalen Wahlrechts zu beteiligen.

### Gleichheitsgrundsatz missachtet

Hintergrund ist eine mittlerweile 17 Jahre zurückliegende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, wonach eine Verfassungsänderung notwendig sei, um das kommunale Wahlrecht für Ausländer in Deutschland zuzulassen. Inzwischen ist nach Auffassung der Migrantinnen und Migranten, aber auch einiger Juristen

und Politiker die Basis für das damalige Urteil gehörig ins Schwanken geraten. 1992 trat der Maastrichter Vertrag in Kraft, der den Unionsbürgern das kommunale Wahlrecht in dem Land ihres Aufenthaltes zusichert.

Seither bekannten sich zwar alle großen Parteien außer der CDU/CSU prinzipiell für ein kommunales Wahlrecht für alle legal in Deutschland lebenden Ausländer. Aber ernsthafte Versuche, die unbefriedigende Situation zu ändern gab es nicht – weder politisch noch juristisch. Dabei ist mit der Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts für Unionsbürger, die Auffassung des Verfassungsgerichts, wonach das Wahlrecht an die Staatsangehörigkeit zu knüpfen sei, durchbrochen worden. Außerdem wird aus Sicht der Migranten das Gleichbehandlungsgebot des Arti-

kels 3 Grundgesetz erheblich verletzt.

Im Spätherbst 2006 brachte Vizekanzler Franz Müntefering (SPD) in einem Stern-Interview das Thema kommunales Wahlrecht für alle Migranten zwar wieder auf die Tagesordnung. Einen Fahrplan auch nur für die im Koalitionsvertrag vereinbarte Überprüfung des Themas gibt es aber bis heute nicht.

Der nordrhein-westfälische Integrationsbeauftragte Thomas Kufen (CDU) setzt verstärkt auf Einbürgerungen. Doch genau hier sei das Problem. Tayfun Kelttek erinnert daran, dass die Einbürgerungen zurückgingen, weil die Hinnahme der Mehrstaatigkeit nicht generell gilt. Während EU-Bürgern die Einbürgerung mit dem Hinweis auf die doppelte Staatsbürgerschaft schmackhaft gemacht wird, verweigert man der größten Gruppen – den türkischen Migranten – diese Mehrstaatigkeit. Für viele Migranten ein emotionales wie rechtliches Hindernis, die eigene Einbürgerung zu beantragen.

### Umdenken der CDU

Die nun von der LAGA-NRW gestartete Kampagne findet die Unterstützung des DGB und der Wohlfahrtsverbände. Auch etliche Integrationsräte haben bereits Resolutionen beschlossen. Grundlage dafür ist ein Textvorschlag der LAGA. Allerdings greift die LAGA damit auch ein Anliegen des Europarates auf: Die 43 Mitglieder des Europarates fordern schon seit langen Jahren, allen Ausländern mit legalem Aufenthaltsrecht, unabhängig von der Nationalität, das uneingeschränkte aktive und passive Wahlrecht auf kommunaler Ebene zuzusprechen.

In Solingen und Bonn gibt es bereits Ratsbeschlüsse. Darin fordern nun auch der Solinger und Bonner Stadtrat die Erweiterung des kommunalen Wahlrechts für alle Migranten, die seit mindestens fünf Jahren in Deutschland leben.

Neben Solingen und Bonn gibt es Beschlüsse der Migrantvertretungen aus Dortmund, Köln und Eschweiler. Interessant ist, dass die Eschweiler CDU das Anliegen der LAGA unterstützt.

Auch die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) und die frühere Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth sprechen sich für ein kommunales Wahlrecht aus.

## Integrationsräte machen Bildungspolitik

### Initiativen in Bielefeld und Köln

Bildungspolitik steht im Mittelpunkt der Aktivitäten der allermeisten kommunalen Migrantvertretungen. In den Stadträten in Bielefeld und Köln gab es jüngst intensive Diskussionen um Anträge der örtlichen Migrantvertretung zum Bildungsbereich.

In Bielefeld begründete Kyriaki Argyriadou einen umfangreichen Antrag des Migrationsrates vor den Stadtverordneten: „Wenn wir Integration als gleichberechtigte Teilhabe an den wirtschaftlichen und sozialen Ressourcen einer Gesellschaft verstehen wollen, dann müssen wir Jugendliche auch in ihrer interkulturellen Realität respektieren, ihre Sprachkompetenz fördern und die Erziehung zur Mehrsprachigkeit unterstützen.“ Die konsequente Förderung der Mehrsprachigkeit, aber auch spezielle Konzepte für Seiteneinsteiger sowie für den Übergang von der Schule in den Beruf stehen im Mittelpunkt des Bildungspapiers des Bielefelder Migrationsrates. Die dortige Verwaltung ist vom Stadtrat aufgefordert worden einen Maßnahmenplan zur Umsetzung zu erstellen und auch die überregionalen Aspekte beim Städtetag und anderswo zu thematisieren.

In Köln brachte der Stadtrat auf Antrag des Integrationsrates einen Verbund europäischer Grundschulen auf den Weg. Hintergrund ist die zehn Jahre alte Empfehlung der EU-Kommission, die interkulturelle als Regelschule zu etablieren. Mit dem Verbund sollen Schulen herausgehoben und unterstützt werden, die sich in besonderem Maße um Mehrsprachigkeit bemühen. Dabei sollen sie nicht allein die Schulerfolge von Migranten im Auge haben, sondern alle Schüler fördern. Intensiver Erfahrungsaustausch und die schrittweise Ausbreitung mehrsprachiger Konzept ist das Ziel.

Das Umdenken hat offenbar begonnen. Es wäre gut, wenn bald auch weitere CDU-Vertreter ihre Position überdenken würden, meint Kelttek.



# Kampagne gegen Gewalt im Namen der Ehre

## Briefwechsel der LAGA mit Minister Laschet

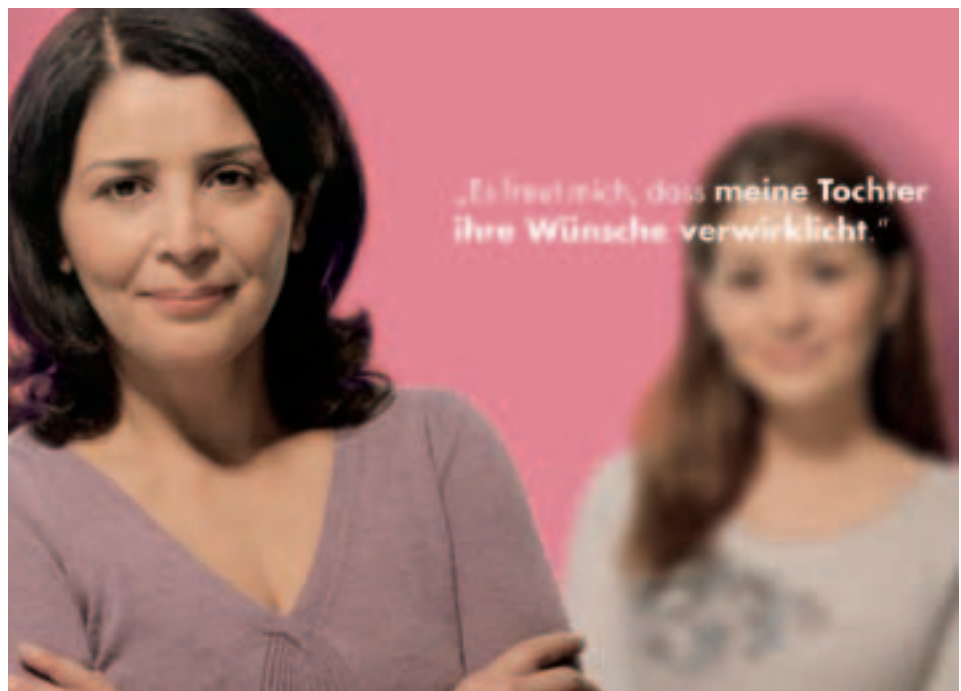
Seit Anfang des Jahres erhalten zahlreiche Städte und Gemeinden Pakete mit Materialien zur Kampagne des Aktionsbündnisses „Ihre Freiheit – seine Ehre“. Dieses richtet sich gegen Gewalttaten gegen Frauen (und auch Männer), die im Namen einer vermeintlichen „Familienehre“ begangen werden. Da das Material meist kommentarlos angeliefert wird, herrscht Unsicherheit über die Art der Verwendung der Plakate und Postkarten.

Die LAGA NRW unterstützt diese Anti-Gewalt-Kampagne, die von Integrationsminister Armin Laschet mit initiiert wurde. In einem Schreiben an den Minister teilte Tayfun Keltok für den LAGA-Vorstand aber auch Bedenken mit:

### Aus LAGA-Brief an Minister Laschet

„Die bisher in deutschsprachigen Medien veröffentlichten Aktionen und Kampagnen zu diesem Thema haben die nicht zu leugnende familiäre Gewalt in Zuwandererfamilien einseitig und eindimensional auf kulturelle und teilweise religiöse Prägungen der Täter zurückgeführt. Auch diese Kampagne um den zentralen Begriff „Ehre“ weist diese Tendenz auf. Reichen kulturell-religiöse Erklärungsmuster tatsächlich aus, um die durch nichts zu entschuldigenden Gewalttaten in ihrer Entstehung zu begreifen? Muss nicht auch die viel zu oft verschwiegene soziale Schieflage einer riesigen Zahl von Migrantenhaushalten in die Analyse mit einbezogen werden? Trägt nicht auch die massenhafte Arbeitslosigkeit in den Familien Zugewandeter, der oft jahrelange oder gar dauerhafte Ausfall des Vaters als Familienernährer eine entscheidende Rolle dabei, dass es zu Gewaltausbrüchen kommt? Sind hier nicht auch Parallelen zu Gewaltverhalten in „deutschen“ Familien vor allem in bildungsfernen Familien in prekären Lebensverhältnissen festzustellen? Ich glaube, diese Fragen können oder müssen mit „Ja“ beantwortet werden.

Ist es dann richtig, das Problem der Gewalt, dass es zu bekämpfen gilt, auf das Phänomen „Gewalt im Namen der



Ehre“ zu verkürzen und es damit zu exotisieren? ...

Im Vertrauen darauf, dass Ihre Aktivitäten im Rahmen der Kampagne uns Gelegenheit zur differenzierten Betrachtung und zur differenzierenden Öffentlichkeitsarbeit geben werden, werden wir Sie in den kommenden Wochen und Monaten unterstützen.“

### Aus der Antwort von Integrationsminister Armin Laschet:

„Um eine breite Öffentlichkeit für unser Anliegen zu erreichen, ist es wichtig, dass wir geeignete Darstellungsformen finden, um auf das Thema „Gewalt im Namen der Ehre“ aufmerksam zu machen. Im Mittelpunkt unserer Kampagne stehen daher Postkarten und Poster, auf denen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sowie ein Zitat abgebildet sind. Wir haben uns viele Gedanken über die Kampagne gemacht und möchten das Thema keinesfalls eindimensional behandeln. Ganz bewusst werden daher zum Beispiel Menschen mit Zuwanderungsgeschichte abgebildet, die nicht professionell als Modell arbeiten, sondern engagiert in der Integrationsarbeit sind.

Ich denke, durch die intensive Zusammenarbeit zwischen unserem Minis-

terium und den Migrantenselbstorganisationen, durch eine differenzierte Diskussion und Herangehensweise an das Projekt sowie der fundierten fachlichen Beratung aus meinem Hause ist es gelungen, sensibel aber dennoch pointiert auf das so wichtige Thema aufmerksam zu machen. Und die Resonanz gibt uns Recht. ...

Ich versichere Ihnen, dass wir auch weiterhin differenziert und ohne Reduktion auf Stereotypen für die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte arbeiten werden und danke Ihnen nochmals für Ihr Engagement.“

### Aktive Begleitung durch Integrationsräte

Nach einer intensiven Diskussion mit Gülseren Çelebi, die Vertreterin der Kampagne, empfehlen die Geschäftsführer der kommunalen Migrantenvertretungen eine politische Begleitung der Kampagne. Nach ihrer Auffassung sollten die Poster und Postkarten auf besonderen Veranstaltungen mit fundierten und differenzierten Informationen präsentiert und verbreitet werden. Einfache Auslage an öffentlichen Plätzen sei dagegen nicht wünschenswert. Da so die geforderte Differenziertheit nicht erreicht werde.

## Integration vor Ort

### Kommunale Migrantenvertreter beim Integrationsgipfel

Ende Februar 2007 reiste Tayfun Keltek wieder einmal nach Berlin. Dieses Mal gehört der LAGA-Vorsitzende zu rund 50 Repräsentanten von Migrantenorganisationen, die die Bundesbeauftragte für Integration, Prof. Maria Böhmer in die Hauptstadt geladen hatte. Ziel war ein intensiver Austausch über den geplanten Nationalen Integrationsplan. Dieser wurde beim Integrationsgipfel im vergangenen Sommer beschlossen und wird in mehreren Arbeitsgruppen erarbeitet.

Böhmer: „Der Nationale Integrationsplan kann nur zu einem wirklichen Fortschritt in der Integrationspolitik führen, wenn er von einer breiten gesellschaftlichen Bewegung getragen wird. Die Migrantenorganisationen als Bindeglieder zu den Migrantinnen und Migranten in unserem Land sind ein unverzichtbarer Bestandteil dieser Bewegung.“

Das ist schon lange die Auffassung der LAGA NRW. Weshalb Keltek zunächst die Zusammensetzung des Integrations-

gipfels kritisierte, weil kaum Migranten mit am Tisch saßen. Mit Einrichtung der Arbeitsgruppen hat sich dieses Missverhältnis etwas relativiert.

Zu den insgesamt 37 Mitgliedern der Arbeitsgruppe „Integration vor Ort“ gehört der LAGA-Vorsitzende. In die Diskussionen der AG hat Keltek zwei für die LAGA NRW wichtige Themen eingebracht. Die interkulturelle Öffnung insbesondere kommunaler Verwaltungen sei für die Integration unerlässlich und müsse politisch eingefordert werden. Dazu müssten verstärkt Migranten als Mitarbeiter von Verwaltungen eingestellt werden. So ließen sich die notwendigen interkulturellen Kompetenzen leichter verbreiten. Zum anderen, so Keltek, wäre das ein deutliches Zeichen an alle Migranten, dass ihre Bedürfnisse von den staatlichen Stellen sehr ernst genommen werden. Außerdem plädiert Keltek auch in Berlin immer wieder für die Einführung des kommunalen Wahlrechts. Ein Gesamtergebnis der AG liegt noch nicht vor.

Ein weiteres Mitglied der AG „Integration vor Ort“ ist Nurten Özcelik, seit 2004 stellvertretende Vorsitzende des Herner Integrationsrats. Nach-



Nurten Özcelik

dem sie den Verantwortlichen schriftlich ihre Enttäuschung über die zu geringe Beteiligung von Migranten und Migrantinnen mitgeteilt hatte, lud man Özcelik zur Mitarbeit in der AG ein.

Nach wie vor kritisiert Nurten Özcelik die geringe Teilnahme von Frauen an der Arbeitsgruppe. Dabei nähmen sie eine Schlüsselrolle in Fragen der Bildung der Kinder, der Integration der Familien etc. ein.

Man müsse Frauen zur politischen und gesellschaftlichen Beteiligung ermuntern und fordern. Dies gelte auch für die Elternarbeit an Schulen und die verstärkten Bemühungen um Lehrer mit Migrationshintergrund.

Weitere Informationen:  
[www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de)

In der Zeit vom 15.-17.06.2007 veranstaltet das Kulturbüro der Stadt Bochum in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Hattingen und dem Ennepe-Ruhr-Kreis das 19. Festival „Kemnade International“ in der Wasberg Haus Kemnade.

In den drei Jahrzehnten seines Bestehens hat „Kemnade International“ die kulturelle und sozialpolitische Entwicklung im Bereich Migration begleitet und sein Musikprogramm aus der folkloristischen Tradition der 70er Jahre zu einem Forum für klassische Musik und Volksmusik anderer Kulturkreise sowie für zeitgenössische Weltmusik weiterqualifiziert. Das Festival war 2005 mit seinen ca. 20.000 Besuchern eines der erfolgreichsten Weltmusikfestivals in Nordrhein-Westfalen. Seine stringente konzeptionelle Ausrichtung, die den Einfluss des Kulturraums Orient auf die abendländische Kultur in den Fokus stellte, hat dem Festival neue vorwiegend junge Besucher erschlossen und eine hervorragende Medienresonanz beschert.

Mit der Verpflichtung von international renommierten Künstlern hat das Festival in den letzten Jahren einen anerkannten Platz in der internationalen Fes-

## Weltmusik im Revier

### Kemnade International 2007



tivlandschaft erworben. Die Partizipation örtlicher und regionaler Künstler mit Migrationshintergrund im Rahmen der Programmgestaltung ist ein wichtiger Bestandteil des Konzepts. Somit besitzt das Ruhrgebiet mit diesem Projekt eine verlässliche Plattform für hier arbeitende Künstlerinnen und Künstler, welche im Rahmen der biennial stattfindenden Festivals „auf Augenhöhe“ mit internatio-

nal eingeladenen Künstlern präsentiert werden. Insofern versteht sich „Kemnade International“ auch als Talentschmiede für Künstler aus der Region mit Migrationsgeschichte. Aus dem Ruhrgebiet stammende Musiker wie der Flamencogitarrist Rafael Cortes oder der Raimusiker Djamel Laroussi begannen ihre internationalen Karrieren auf diesem Festival und tragen die Idee des Festivals in die europäischen Communities weiter.

„Kemnade International“ wird auch in der 19. Auflage den in NRW auf hohem künstlerischen Niveau arbeitenden Künstlern, Gruppen und Projekten ein Forum bieten, um die Entwicklungspotenziale und den aktuellen Stand der durch Migration inspirierten und geprägten Kultur des Ruhrgebiets in einem angemessenen Rahmen aufzuzeigen und einen Dialog zwischen den örtlichen, regionalen und internationalen Künstlern im Rahmen des Festivals vertiefen zu können.

Für Informationen zu Programm und Eintrittspreisen:  
[www.bochum.de/kemnade-international](http://www.bochum.de/kemnade-international)

## Senioren und Migranten LAGA und Landessenioren- vertretung kooperieren

Auf Initiative der Vorsitzenden der Landesseniorenvertretung (LSV) Dr. Uta Renn haben die Vorstände der LAGA NRW und der Seniorenvertretung einen regelmäßigen Austausch und eine enge thematische Kooperation vereinbart. Angesichts der wachsenden Zahl älterer Migranten eine sinnvolle Sache. Zusammen mit Ruth Hunecke, Eleonore Köth-Feige (beide LSV) sowie Elke Zeller von der Landesstelle Pflegende Angehörige haben sich Tayfun Keltek und Joannis Vatalis (Vorstand LAGA NRW) sowie Franz Paszek und Siamak Pourbahri (beide LAGA-Geschäftsstelle) auf folgende gemeinsam zu bearbeitende Themen geeinigt:

- ▶ Häusliche Pflege
- ▶ Verbraucherschutz und
- ▶ Wohnen im Alter

Zum Thema Häusliche Pflege liegen eine umfangreiche, informative Broschüre und ein Flyer vor. Unter dem Titel „Was wäre wenn...?“ werden die wichtigsten gesetzlichen Grundlagen erläutert und



die Rechte der Senioren im Pflegefall beschrieben. Die Themen werden übersichtlich in Form von 20 Fragen und Antworten aufbereitet.

Ob eine Übersetzung sinnvoll ist, wird derzeit diskutiert. In jedem Fall gibt es ein Informationsdefizit unter Migranten zum Thema Pflege. Die LAGA beteiligt sich daher an der Verbreitung entsprechender Informationen.

Zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit planen die LAGA NRW und die Landesseniorenvertretung eine gemeinsame Veranstaltung zu den Lebenslagen und besonderen Bedürfnissen älterer Migranten. Unabhängig davon wird bereits über die Herausgabe eines Ratgebers für Senioren mit Migrationshintergrund

nachgedacht. Dieses Projekt könnte eine sinnvolle Ergänzung zu einer Publikation sein, die die LAGA zusammen mit der Stadt Essen vor einigen Jahren herausgegeben hat. Außerdem wollen beide Organisationen die fremdsprachige Presse auf die Thematik Migranten und Senioren aufmerksam machen.

*Info: Was ist wenn ...?*

*20 Fragen zum Thema Häusliche Pflege*

*Bestelladresse:*

*Landesstelle Pflegende Angehörige*

*Gasselstiege 13, 48159 Münster*

*eMail: info@lpfa-nrw.de*

## Netz für den Karrierestart Mentoren unterstützen junge Migranten

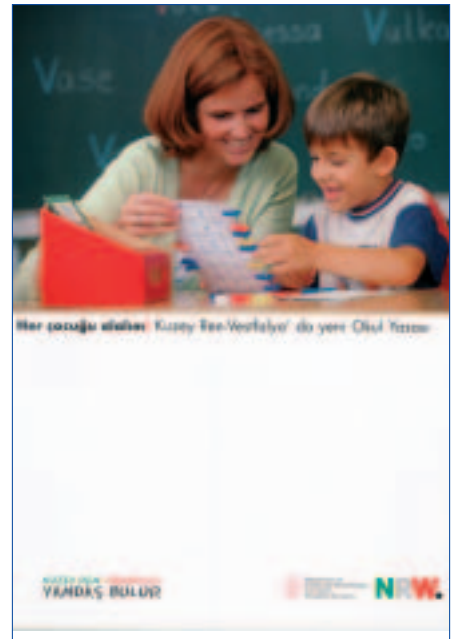
„Wir wollen in der Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen, dass junge Menschen mit Migrationshintergrund nicht nur Hauptschulabbrecher sind, sondern dass es eben auch viele mit großem Potenzial gibt, die Karriere machen wollen.“ Sagt Gregor Taxacher. Er ist Projektreferent bei der Thomas-Morus-Akademie in Bergisch Gladbach. Er konzipiert und koordiniert das Projekt Network21. Insgesamt 21 junge Frauen (14) und Männer (7) aus der gesamten Bundesrepublik Deutschland finden hier Mentoren, die sie beim Start in ihre berufliche Karriere unterstützen. Zu den Mentoren gehört auch der Paderborner Beiratsvorsitzende und LAGA-Vorstandsmitglied Engin Sakal. Denn trotz hoher Qualifikationen haben es auch junge Menschen mit Migrationshintergrund nach wie vor nicht

leicht einen Arbeitsplatz zu finden. Manchmal treibt sie aber auch die Frage um, ob ihre Karrierechance im Herkunftsland vielleicht besser sind. „Ich bin momentan ziemlich ratlos und frage mich, wo ich die besseren Karrierechancen haben; in der Türkei oder hier?“ verriet der Wirtschaftsingenieur Ibrahim Kahraman einer Reporterin des Kölner Stadt-Anzeigers.

Mit Hilfe eines persönlichen Mentors hofft er, die nötigen Antworten zu finden und die für ihn richtigen Entscheidungen zu treffen.

Allen Teilnehmern und Teilnehmerinnen stehen über einen Zeitraum von acht Monaten Fach- und Führungskräfte aus der Wirtschaft und Verwaltungen

zur Verfügung. Persönliche Gespräche gehören dabei ebenso zum Programm wie der gemeinsame Austausch in Diskussionsgruppen. Dabei gehe es weder allein um Jobvermittlung noch allein um die Zielgruppe junger Migranten sagt Taxacher. Vielmehr sei ein transkulturelles Netzwerk das Ziel, das auf Dauer die Potenziale aller jungen Menschen im Land fördert und nutzt.



## Kinder mitnehmen – Eltern auch Broschüren zum Schulgesetz in Türkisch und Russisch

Unter dem Titel „Jedes Kind mitnehmen“ informiert die Landesregierung über das seit vergangenen Sommer in Kraft getretene Schulgesetz für Nordrhein-Westfalen. Ob es um die Einführung der umstrittenen Kopfnoten auf Zeugnissen geht, die Schaffung von Ganztags Hauptschulen, die individuelle Förderung der Kinder vom ersten Schuljahr an oder die Mitwirkungsrechte der Eltern: In knappen und übersichtlichen Beiträgen werden die wichtigsten Informationen für Lehrer, Schüler und Eltern dargestellt.

Für türkisch- und russischstämmige Eltern gibt es die Broschüre auch in ihren Herkunftssprachen. Sie können über das Internetangebot des Schulministeriums bestellt werden. Beide Broschüren stehen auch als Download zur Verfügung.

*Info: [www.bildungsportal.nrw.de](http://www.bildungsportal.nrw.de)*

### Arbeitshilfe Pressearbeit PR für Migrantenorganisationen

Unter dem Titel „Eins, zwei, drei... Pressearbeit leichter gemacht“ hat die Fachberatung MigrantInnenSelbsthilfe des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes eine neue Info-Broschüre herausgebracht. Ziel ist, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit von Migrantenorganisationen effektiver zu gestalten. Viele Tipps und Praxisbeispiele helfen dabei, die eigene Pressearbeit aufzubauen oder besser zu gestalten.

Dabei wissen die Autoren, dass gute Öffentlichkeitsarbeit bei der eigenen Organisation beginnt. Sie empfehlen daher eine Bestandsaufnahme der vorhandenen Ressourcen in der Mitgliedschaft. Danach erst geht es um systematische Kommunikation mit der Presse und der Zielgruppe, die man mit der eigenen Arbeit erreichen möchte.

Das praxisnahe Buch umfasst 56 Seiten und ist eine ideale Ergänzung zu der 2005 ebenfalls vom Paritätischen veröffentlichten Schreibwerkstatt für Migranten.

*Info: Eins, zwei, drei ...  
Pressearbeit leichter gemacht  
Bestellungen über:  
Der Paritätische NRW  
Kortumstraße 145, 44787 Bochum  
eMail: fm@paritaet-nrw.org*

### Kommunikationshilfe Internet Essener Integrationsatlas

Seit vergangenem Sommer können Migranten, Berater und Ansprechpartner der Integrationsarbeit wichtige Informationen über Angebote in Essen per Mausclick abrufen. Die Grundidee für den Online-Atlas kam aus dem örtlichen Büro für interkulturelle Arbeit. Ergebnis: Per Stichworteingabe kann nun jeder Interessierte die gesuchten Informationen im Atlas abfragen. Sei es die Suche nach einer Beratung, einem Sprach- oder Integrationskurs – fast immer wird man schnell fündig.

Sollte eine interessante Neuigkeit noch fehlen, haben Anbieter die Gelegenheit ihre Angebote selber online zu stellen und mit dem Integrationsatlas zu verknüpfen. Essener Einrichtungen der Migrationsarbeit gestalten so den Integrationsatlas aktiv mit und sorgen dafür, dass auch wirklich alles Wissenswerte immer abrufbereit ist.

[www.essen.de/integrationsatlas](http://www.essen.de/integrationsatlas)

### Lebenshilfe Integration Neues Buch von Ethem Yilmaz

Mit einer Auflage von immerhin 10.000 Exemplaren ging das neue Buch von Ethem Yilmaz an den Start. Der türkischstämmige Bochumer Dolmetscher und Sprachlehrer hat sein neuestes Werk „Sprach- und Integrationsbuch“ genannt. Bei der Lektüre erhalten Migranten aus der Türkei wichtige Hilfen und Hinweise zur Bewältigung ihres Alltags in Deutschland.

Schwerpunktthema des Buches ist das Thema Gesundheit. Mit Unterstützung von Medizinern hat Yilmaz den Bereich in mehrere Kapitel unterteilt und so übersichtlich und allgemeinverständliche Informationen für mündige Patienten gegeben. Darüber hinaus wird den Lesern viel Wissenswertes über andere Bereiche nahe gebracht, wie etwa zum Zuwanderungsrecht, zu Behörden und Bankwesen usw. Zu jedem Kapitel hat der Autor Wörterlisten zusammengestellt, damit neben den inhaltlichen Informationen auch wichtiges Vokabular vermittelt wird.

*Info: Sprach- und Integrationsbuch  
Verlag für Deutsch-Türkische Kommunikation, Bochum  
Kontakt: 0234 – 68 54 91*

### Selbsthilfe Bürgerschaftliches Engagement Migranten engagieren sich

Die Potenziale von Migrantinnen und Migranten für eine lebendige Stadtgesellschaft zu nutzen, haben sich viele Kommunen auf die Fahnen geschrieben. Allerdings weiß man nicht überall, wie viel schon tatsächlich an ehrenamtlicher Arbeit geleistet wird. In Paderborn hat man diese Wissenslücke mit einer empirischen Studie geschlossen. Aufgrund bei der Stadtverwaltung vorhandener Daten wurden Vereine und Organisationen angeschrieben und gebeten, über ihre Struktur, die Mitgliederzahl und die Aktivitäten Auskunft zu geben. Außerdem wurden im Rahmen der Studie zwei Seminare mit jeweils 40 Vertretern von Migrantenorganisationen durchgeführt.

Die wichtigsten Ergebnisse der Auto-

- ▶ Die meisten Organisationen verfolgen eine Vielzahl an gesellschaftlichen Zielen mit deutlichem Lokalbezug.
- ▶ Ethnische Homogenität ist kein Zeichen von Rückzug, sondern eine Möglichkeit für Migranten sich in der Aufnahmegesellschaft besser zurecht zu finden.



- ▶ Die Vereine fördern die innerethnische Netzwerkbildung, die einzelnen Migranten zahlreiche Chancen zur Information und Hilfe bieten.
- ▶ Die Migrantenorganisationen haben einen hohen Anspruch an interkultureller Öffnung und gesellschaftlicher Mitwirkung.
- ▶ Es gibt aber auch einen deutlichen Widerspruch zwischen diesem Anspruch und der von den Befragten dargestellten Realität.

Daraus haben die Autoren einige Handlungsempfehlungen formuliert. Die wichtigste Empfehlung: „Die im Rahmen des KOMM-IN Prozesse begonnene positive Berichterstattung über Einzelpersonen sollte gezielt auf die Vereine und Initiativen ausgeweitet werden.“ So ließe sich das Potenzial der Migranten für die Entwicklung der Gesellschaft am besten darstellen und nutzen. Darüber hinaus werden zahlreiche Maßnahmen zur verbesserten Unterstützung der Organisationen empfohlen. Das aber bedürfe des städtischen Engagements.

## Integrationskongress OWL Kommunalpolitiker treiben Diskussion voran

Am 21. Mai 2007 wird im Bezirk Ostwestfalen/Lippe auf Initiative der dortigen (Ober-)Bürgermeister und Landräte der 1. Integrationskongress OWL stattfinden. Bereits 2004 und 2006 hatte es in Bielefeld und Paderborn Regionalkonferenzen zu dem Themenkomplex Integration von Migrantinnen und Migranten gegeben. Nun soll der Prozess zentral zusammengeführt und forciert werden.

Die Integration von Migranten sei eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben, so die kommunalen Spitzenvertreter. „Von dem 1. Integrationskongress soll ein starker Impuls in die Region ausgehen, Zuwanderung als Chance und Integration als Zukunftsinvestition zu begreifen.“ schreiben die Vertreter in Ihrer Einladung.

Zum Erfolg des Kongresses soll eine breite Teilnahme der Migrantinnen und Migranten selber beitragen. Ihre Vertreter auf kommunaler Ebene sowie diverse Organisationen, die Integrationsarbeit leisten, sollen ihre Projekte in Workshops und Ausstellungen präsentieren. Außerdem wird als Gast Integrationsminister Armin Laschet erwartet.

Die Federführung bei der Organisation obliegt der Stadt Gütersloh. Wer sich für eine Teilnahme am Kongress interessiert wendet sich an:

*Stadt Gütersloh, Integrationsbeauftragter*

*eMail: eckhard.sander@gt-net.de*

*oder Bezirksregierung Detmold,  
Beauftragter für Zuwanderung und  
Integration*

*eMail: joerg.list@brdt.nrw.de*

## Kernkennzahlen zur Integration Daten für Kommunen NRW online

Die Bertelsmann-Stiftung hat in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration (MGFFI) Kernkennzahlen zur Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern in den Kommunen Nordrhein-Westfalens entwickelt. Dieses Informationsangebot steht unter [www.wegweiserdemographie.de](http://www.wegweiserdemographie.de) und dann unter „Kommunale Daten“ und „Integration“ zur Verfügung. Das MGFFI bietet Informationen für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte auf der Grundlage des Mikrozensus 2005 an. Mehr als 4 Mio. Personen in Nordrhein-Westfalen haben danach eine Zuwanderungsgeschichte.

## Termine LAGA NRW

**2. Juni 2007:**  
Hauptausschuss in Siegen

**8. September 2007:**  
Hauptausschuss in Aachen

**17. November 2007:**  
Mitgliederversammlung der LAGA NRW mit  
Neuwahl des Vorstandes in Bielefeld

## Besser spät als nie 10-Jahr-Feier wird nachgeholt

Die ursprünglich für den vergangenen November vorgesehene Feier zum zehnjährigen Bestehen der LAGA NRW wird im Herbst dieses Jahres nachgeholt.

Am 6. September wird im Landtag in Düsseldorf eine feierliche Veranstaltung stattfinden. Neben den LAGA-Mitgliedern werden natürlich Vertreter der Landesregierung und des Landtages anwesend sein. Eine Einladung mit Programm erfolgt rechtzeitig.

Interessierte können allerdings jetzt schon die zum zehnjährigen Bestehen erschienene Festschrift bei der LAGA-Geschäftsstelle bestellen.

Darin findet sich ein Abriss der LAGA-Geschichte, aber auch Artikel und Interviews zu aktuellen Integrationspolitischen Fragen.



## Impressum

Herausgeberin:  
Landesarbeitsgemeinschaft  
der kommunalen  
Migrantenvertretungen  
Nordrhein-Westfalen  
(LAGA NRW)  
Helmholtzstr. 28  
40215 Düsseldorf  
Telefon: 0211 / 994160  
Fax: 0211 / 9941615  
e-Mail: [info@laga-nrw.de](mailto:info@laga-nrw.de)  
[www.LAGA-NRW.de](http://www.LAGA-NRW.de)

Die LAGA NRW wird mit Mitteln des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – mit Quellenangabe bei Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Die Herausgeberin behält sich vor, Leserbriefe und unaufgefordert zugesandte Beiträge zu kürzen.

Redaktion:  
Ercan Atay, Filippo Giletti,  
Tayfun Keltek, Claus-A. Kürschner,  
Franz Paszek, Siamak Pourbahri,  
Engin Sakal, Enver Sen,  
Gülstan Yüksel, Erkan Zorlu  
Susana dos Santos Herrmann  
(redaktionelle Koordination)

V.i.S.d.P.: Franz Paszek,  
Geschäftsführer der LAGA NRW

Herstellung:  
Susana dos Santos Herrmann, Köln  
Druck: Druckhaus Süd, Köln